



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12.05.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

11.5.

Dan-news.info: Kommentar des Oberhauptes der DVR zur Erklärung des Außenministers der Ukraine

Nach seinen Worten nach den Verhandlungen in Berlin zu urteilen, ist der Außenminister der Ukraine nicht ein Jota zu einem Kompromiss bereit. Mehr noch, Kiew weigert sich die neue politische Realität anzuerkennen und verhält sich so, als gäbe es kein Genozid im Donbass, als hätte die ukrainische Armee nicht eine Reihe vernichtender Niederlagen durch die Milizen des Donbass in Ilowajsk, Debalzewo oder dem Donezker Flughafen erlitten. Ich habe schon mehrfach gesagt, dass Kiew in seiner virtuellen Welt lebt. Sehen Sie, was der Außenminister der Ukraine bezüglich der Wahlen bei uns im Donbass sagt: Teilnahme ukrainischer Parteien und ukrainischer Medien, Kontrolle der ukrainischen zentralen Wahlkommission usw. Und all dies - „wird nicht diskutiert“.

Also, wenn es nicht diskutiert wird, so heißt das, dass auch wir es nicht diskutieren werden. Wenn Kiew wieder gesund wird und aus der virtuellen Welt in unsere reale Welt zurückkehrt, dann werden wir auch sprechen. Aber in dieser Etappe erkennen wir, dass Kiew absolut nicht zu Verhandlungen bereit ist und es überhaupt unverständlich ist, was es in den verschiedenen Verhandlungsformaten tut: im normannischen und im Minsker.

Eigentlich ruft die Erklärung Kiews zu den Ergebnissen des Treffens in Berlin, dass die Seiten keine Vereinbarung treffen können, Verwunderung hervor. Vier Menschen vereinbaren, gemeinsam irgendeine Konstruktion zu schaffen, und beginnen sie gemeinsam zu erbauen. Dabei zerschlägt einer von ihnen bewusst und vor den Augen der übrigen regelmäßig dreist einen der tragenden Pfeiler der allgemeinen Konstruktion und erklärt danach der Öffentlichkeit, dass alle vier nicht organisiert arbeiten können. Wenn sich so ein Junge im Hof benehmen würde, so hätten ihn seine älteren Kameraden schon lange wegen Sabotage und Frechheit eins auf die Ohren gegeben. Aber dies ist hohe Politik und die Seiten erklären: „es ist nicht gelungen eine Vereinbarung zu treffen“. Überhaupt kann bald die Geschichte des Minsker Prozesses in Comics dargestellt werden.

Eine weitere Sache, die mich im normannischen und Minsker Format wundert, ist der Bezug auf die politischen Schwierigkeiten Kiews. Das heißt, am Anfang hetzt die Maidan-Regierung in Kiew bei Nichteinmischung und manchmal auch auf Aufforderung des Westens mit Hilfe aggressiver russophober Propaganda die Gesellschaft auf und stimmt sie gegen den Donbass ein. Dann wird bei Nichteinmischung und manchmal auch Beteiligung des Westens in der ehemaligen Ukraine eine radikale Oberste Rada gewählt, in der offene Neonazis und Bandera-Leute sind. Das heißt, in der ukrainischen Politik wird folgerichtig eine aggressive russophobe Trägheit geschaffen. Und dann wird sich auf diese Trägheit wie auf angeblich objektive politische Schwierigkeiten des Regimes Poroschenko bezogen, wegen derer es die Bestimmungen, die von Minsk-2 vorgesehen sind, das Kiew unter Bedingungen einer militärischen Niederlage unterzeichnet hat, nicht umsetzen kann. Dies ist aus der Serie einen Stein vom Berg werfen und so eine Lawine hervorrufen und dann, wenn die Lawine das Dorf am Fuß des Berges zerstört hat, sich auf höhere

Gewalt zu berufen.

Man muss der Realität ins Auge schauen. Die aggressive russophobe Politik Kiews ist keine höhere Gewalt. Sie ist das Ergebnis gemeinsamer Aktivitäten von Bandera-Leuten und Neonazis, die auf dem Maidan einen Staatsstreich durchgeführt haben, und des sie unterstützenden Westens. Dies ist keine höhere Gewalt, sondern die Tat konkreter Politiker aus konkreten Ländern. Und deshalb ist es anstelle der Klagen über „schwierige politische Umstände Poroschenkos“ nötig, die Ärmel aufzukrempeln, den Willen zu haben und diese Augiasställe von dem zu reinigen, mit sie angefüllt sind. Dann, danach werden wir uns an den Verhandlungstisch mit einem anderen, gesunden Kiew setzen und unsere und ihre Probleme lösen.

Was den eingefrorenen Konflikt betrifft, von dem die Kiewer Politiker angefangen haben zu reden, so erschreckt uns diese Perspektive nicht. Wir haben schon zwei Jahre lang gezeigt, dass wir nicht nur militärische und diplomatische Siege erringen können, sondern auch einen Staat aufbauen und die Wirtschaft wieder aufbauen können. Es wird noch ein kleines bisschen Zeit vergehen und die Einwohner der ehemaligen Ukraine werden beginnen, zu uns in die DVR überzusiedeln auf der Suche nach einem besseren Leben. Und wir werden sie wohl aller Voraussicht nach aufnehmen. Obwohl es natürlich für sie besser wäre bei sich zu Hause Ordnung zu schaffen, ob dies in Odessa ist oder in Kiew.

Das Oberhaupt der DVR, Alexandr Sachartschenko

Anmerkung DAN: Zuvor hat heute bei Beendigung des Treffens der Außenminister der „Normannischen Vier“ - RF, Deutschland, Frankreich, Ukraine – Klimkin erklärt, dass die Seiten keine Vereinbarung in den Schlüsselfragen erreichen konnten und der Minsker Prozess möglicherweise „eingefroren“ wird.

Lug-info.com:

Die LVR wird selbst Kommunalwahlen durchführen, wenn Kiew selbst unter dem Druck des Westens sich weigert, den politischen Teil der Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Dies erklärte heute in der Fernsehsendung „Geburt der Republik. Ereignisse. Fakten. Personen“ beim Fernsehsender „Lugansk 24“ das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij.

„Was sind die Minsker Vereinbarungen und warum brauchen wir sie? Derzeit ist das das einzige Mittel, um unsere zeitweise besetzten Gebiete auf friedlichem Weg zurück zu erlangen und ein solches Mittel wegzuwerfen wäre nicht richtig, nicht ehrlich und in gewisser Weise auch unwürdig“, sagte er.

„Die Bedingungen die Poroschenko in Minsk unterzeichnet hat sind für sie, milde gesagt, nicht ganz günstig. Aber die Frage ist die, welchem Nutzen gefolgt wird. Sie folgen dem Nutzen für die Bandera-Leute, für den Neonazismus, für alles Antirussische“, erklärte das Republikoberhaupt. „Eigentlich ist es die einfachste Sache – sich mit uns abstimmen, mit den Gebieten, Wahlen. Ja wir haben die Wahlen verschoben. Nicht weil wir Angst haben sie durchzuführen, wir hätten sie schon lange durchgeführt, wir haben sie zweimal nur deswegen verschoben, damit in der Welt verstanden wird, dass wir zur Zusammenarbeit bereit sind, dass wir bereit sind friedliche Lösungen zu finden“, erinnerte er.

„Derzeit gibt es keinerlei Problem, dass wir unsere inneren Wahlen durchführen. Aber wenn Kiew sich trotz allem nicht entscheidet, sie durchzuführen, heißt das, dass wir gezwungen sein werden sie selbst durchzuführen und das werden wir tun. Es gibt keinerlei Probleme. Wir erwarten nur den Schlusspunkt – die Entscheidung Kiews“, erklärte das Oberhaupt der LVR.

„Wenn Kiew das nicht kann, dann haben wir die Hände frei, im direkten Sinne des Wortes haben dann alle die Hände frei, der Westen, Kiew, wir und Russland. Sie werden natürlich zurückweichen und zu Tricks greifen, aber dennoch haben sie mit jedem Tag weniger und weniger Zeit. Sie müssen entweder etwas tun oder ihren politischen Bankrott erklären“, erklärte er.

„Umso mehr, als wir jetzt sehen, dass nicht mehr wir, nicht mehr Russland, sondern der Westen Kiew zwingt die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen“, sagte das Oberhaupt der Republik.

„In der gegebenen Situation sind wir in einer weitaus vorteilhafteren Situation – jede Handlung, die Kiew tun muss, ist zu unserem Nutzen. Alles, was sie tun können, ist einfach entweder aufgeben oder sich abstimmen. Wir werden im Prinzip sowohl das erste als auch das zweite annehmen“, meint Plotnizkij.

12.5.

Dan-news.info: Die DVR ist bereit mit Kiew die Ausarbeitung eines „Fahrplans“ zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu erörtern. Dies teilte heute die Außenministerin der DVR und Vertreterin Donezks in der politischen Untergruppe bei den Verhandlungen in Minsk Natalja Nikonorowa mit. „Unser „Fahrplan“ ist schon lange vorbereitet. Die Reaktion der ukrainischen Seite auf diese Karte war seltsam, sie nannten sie ein „Ultimatum““, sagte die Ministerin. „Wir sind bereit zu diskutieren, obwohl wir alles entsprechend der ukrainischen Gesetzgebung ausgearbeitet haben und die Fristen berücksichtigt haben, die nach dem Reglement der Obersten Rada zur Annahme von Beschlüssen erforderlich sind. Eine Basis für eine Erörterung gibt es, wir erwarten die Reaktion der Ukraine“.